

Meine Frühjahrsession 2026

Während der Frühjahrsession stand im Parlament insbesondere das Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt im Fokus. Überproportionale Kürzungen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation, sowie in der Landwirtschaft konnten erfolgreich verhindert werden. Gleichzeitig müssen wir mit den finanziellen Ressourcen haushälterisch und verantwortungsbewusst umgehen. Das Thema wird uns weiterhin begleiten. Darüber hinaus gab es eine Reihe spannender Debatten:

1) Ausgebauter Kinderschutz im Netz

Der Nationalrat hat meine Motion «Das Hosting von Kinderpornografie in der Schweiz nicht hinnehmen Schweiz» ([24.4020](#)) stillschweigend angenommen und somit an den Bundesrat überwiesen. Mit einer gesetzlichen Grundlage sollen Hosting- und Cloud-Anbieter sowie Kommunikations- und Content-Sharing-Plattformen, die ihren Sitz in der Schweiz haben oder ihre Dienste in unserem Land anbieten, verpflichtet werden, den zuständigen Behörden Verdachtsfälle von kinderpornografischen Inhalten zu melden, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Schweiz feststellen.

2) Update für die Kinder- und Jugendpolitik

Mit 126 zu 55 Stimmen bei 2 Enthaltungen nahm die grosse Kammer mein Postulat und vier gleichlautende Vorstösse für eine nationale Strategie für Kinder und Jugendliche an ([25.3139](#)). Nun ist der Bundesrat gefragt. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Zuständigkeiten innerhalb der Bundesverwaltung sowie der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen und unter Einbezug der betroffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen ist er beauftragt, eine nationale Strategie für die Kinder- und Jugendpolitik zu entwickeln. Ziel ist, dass alle Kinder und Jugendlichen in der Schweiz die gleichen Chancen auf Schutz, Förderung und Mitwirkung erhalten. Zudem muss die Strategie den veränderten Lebensrealitäten junger Menschen Rechnung tragen.

3) Hickhack um die Neutralität

In dieser Session wurde die Neutralitätsinitiative ([24.092](#)) der SVP mehrfach diskutiert. Diese will einen starren Neutralitätsbegriff in der Verfassung verankern. Im Bereich der Verteidigung wäre Kooperation mit EU und NATO nur kurz vor einem Angriff auf die Schweiz möglich. Im Zeitalter von Cyberangriffen und Drohnen würden wir uns unnötig verwundbar machen. Zudem könnte die Schweiz keine Sanktionen der EU mehr übernehmen, was Aggressoren in die Hände spielt und unser Land diplomatisch ins Abseits stellt. Zu reden gab auch der Gegenentwurf, der die Auswirkungen der Initiative zwar abschwächen, aber ebenfalls eine rigide Formulierung in der Verfassung verankern will. Als Aussenpolitikerin lehne ich sowohl die Initiative als auch den Gegenentwurf ab, da beide unseren Handlungsspielraum unnötig einschränken.

Ich wünsche Ihnen einen wunderbaren Frühling!

Christine Bulliard-Marbach
Nationalrätin